Luzern, Sonntag — N° 119 — 23. Mai 1909

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigeblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Zentralschweiz

Achtundfünfzigster Jahrgang.

Abonnementspreise:

Bezugs-Art:	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Bei d. Exped. od. Ablagerabgeholt	Fr. —.70	Fr. 2.—	Fr. 4.—	Fr. 8.—
Durch die Vertragerinnen	„ —.80	„ 2.30	„ 4.50	„ 9.—
Franko durch die Post	„ —.90	„ 2.50	„ 5.—	„ 10.—
für das Ausland:				
Bei Wochensendung	„ 2.40	„ 7.—	„ 14.—	„ 28.—
„ täglicher Zusendung	„ 2.60	„ 7.50	„ 15.—	„ 30.—

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Insertionspreise:

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum:
Lokal-Inserate ... 10 Cts
Kleiner Anzeiger 10 Cts., Wiederholungen ... 8 „
Kanton Luzern, Urkantone, Zug u. angrenzender Teil des Aargau 12 „
Uebrige Schweiz ... 15 Cts., Ausland ... 20 „
Inserate mit Vorschrift: „Unmittelbar unter dem Textstrich zu placieren“ werden mit 20% Zuschlag des betreffenden Tarifes berechnet.
Preis der Reklame-Zeile (Petit-Schrift): 1 Fr.

Redaktions-Bureaux: Baselstraße Nr. 11 — Telephon 1140 —

Gratis: Jeden Freitag die belletristische Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen“ und „Illustrierte Luzerner Chronik“.

Expedition: Hauptbureau: Baselstr. — Filialen: Kornmarkt. Pilatusstr.
Telephon-Nr.: 985 409 1506

Die heutige Nummer enthält 20 Seiten

Inhalt: Die Proportionalwahl im Kanton Luzern (Schluß). — Wahrheiten. — Aus dem Kapitel der Stimmrechtsschikane. — Schweiz. — Luzern. — Ausland. — Telegramme. — Lokalchronik. — Vermischte Nachrichten. — Unfallchronik. — Kleine Zeitung. — Feuilleton.

Die Proportionalwahl im Kanton Luzern.

(Schluß.)

Die liberale Partei des Kantons Luzern hat keinen Grund, wegen der Einführung der Großrats-Verhältniswahl kleinmütig zu sein. Ihre Führer — noch am 15. April des Jahres 1905 hat Nationalrat Dr. Franz Bucher, im Verein der Freisinnigen der Stadt Luzern die Ergreifung einer Proportionalinitiative angeregt — wußten, warum sie für das Postulat eintraten. Die unbefriedigende Gestalt, welche die Vorlage bei der Ausführung gefunden hat, kann mit der Zeit geändert werden. Das Bedürfnis hiefür wird vielleicht sehr bald auch bei der „zweiten Minderheit“ empfunden werden, die sich jetzt leichten Herzens mit dem theoretisch und praktisch verfehlten Verfahren abgefunden hat. Die Abstimmung vom 4. April legte Zeugnis ab von einer festgefügten, wohlorganisierten, aktionsfähigen Partei, die getrost der Zukunft entgegensehen kann.

Selbstverständlich stellt die Verhältniswahl auch die Liberalen vor neue Aufgaben, die sie mit Weitsicht und Energie anzufassen haben.

Zunächst in der Stadt Luzern. Man wird bedenken müssen, daß künftig alle Differenzen, jede Absonderung von der Gesamtpartei sich doppelt schwer strafen müßten. Man darf ferner nicht außer acht lassen, daß Fehler, die in der Verwaltung erfolgen, Unzufriedenheiten, zu denen dieses oder jenes Departement Anlaß gibt, ihre Rückwirkung auf das politische Leben unter der Herrschaft der verhältnismäßigen Vertretung leichter äußern können, als unter dem Mehrheitssystem. Die Verwaltung soll eine haushälterische, aber sie soll zugleich eine fortschrittliche sein, und da der Fortschritt auf sozialem Gebiete — um diesen handelt es sich in allererster Linie — stets mit Opfern erkauft werden muß, liegt die Aufgabe vor allem darin, diese Bestrebungen in ein Verhältnis zu den finanziellen Kräften und Mitteln zu bringen, dem die Einsicht der Mehrheit der Bürgerschaft zu folgen vermag. Der Luzerner hat schon oft gezeigt, daß er für die Aufgaben eines fortschrittlichen Gemeindewesens Verständnis besitzt. Es liegt in der Zeit, und auch der Gegner sorgt dafür — wir erinnern nur an die blamable Denkmalkomödie —, daß der liberale Gedanke auf ein ihm günstiges Erbreich fällt; eine gute Verwaltung und eine tüchtige Parteileitung, die sich nicht bloß auf die Agitation bei Wahlen und Abstimmungen beschränken darf, sondern ständig für gesunde Verhältnisse in der Partei zu sorgen hat, werden dafür garantieren, daß die liberale Hochburg in der Zentralschweiz erhalten bleibt.

Zweifellos werden die nächsten Erneuerungswahlen vom Jahre 1911 sich im Zeichen eines heftigen Kampfes vollziehen, vielleicht des heftigsten, den man seit langer Zeit erlebte. Es gilt, rechtzeitig sich darauf zu rüsten. Eine wichtige Aufgabe fällt dabei, neben den Parteiorganisationen, der Presse zu. Die Bedingungen für ihre gedeihliche Wirksamkeit sind vorhanden. In den Anstrengungen für die Verbreitung der Parteipresse könnten die Liberalen an ihren Gegnern ein Beispiel nehmen. In vielen Landgemeinden sorgen die Konservativen (Vereine oder Private) dafür, daß ihre Blätter, auch das „Vaterland“, zu jedem Preise, selbst unentgeltlich zu den „Abonnenten“ gelangen. Man braucht diesen Mißbrauch nicht nachzumachen; aber man soll doch nicht vergessen, daß die politische Presse das wirksamste Mittel zur Verbreitung der politischen Ideen ist und daß sie in keinem Falle durch farblose Blätter ersetzt werden kann.

Für die liberale Landschaft bietet die Verhältniswahl nicht nur keine Gefahren, sondern sie wird dem liberalen Leben einen neuen Aufschwung geben. Während früher in weitaus den meisten Kreisen die Anstrengungen unserer Parteigenossen von vornherein aussichtslos waren, wird künftig kein einziger Kreis ohne eine liberale Vertretung sein. Das ist wichtiger als die Zahl der Mandate, die bei unserm Verfahren hinter dem zurück bleiben wird, was den Minderheiten proportional zukommen müßte. Die Liberalen der Landschaft, die den Druck des Ultramontanismus und Klerikalismus ungleich stärker zu fühlen haben, als die Liberalen der Stadt, haben es reichlich verdient, daß sie im Großen Rate zu einer bessern Vertretung kommen und es fehlt ihnen auch nicht an dem tüchtigen Holz dazu.

Ein Vorteil besteht endlich darin, daß künftig jede Partei ihre volle Selbständigkeit zurückgewinnt. Ein Zusammengehen der Sozialisten mit den Ultramontanen in sachlichen Fragen wird ausgeschlossen sein. Die Liberalen werden keine Kartelle mehr abschließen, und sie können unbeirrt von rechts und links den Weg einschlagen, den eine fortschrittliche, das Volkswohl anstrebende Politik sie zu gehen anweist. So kann man sagen, daß die Abstimmung vom 4. April dem Unterlegenen einen Wechsel auf die Zukunft ausstellt, den er durch seine Arbeit und seine Tüchtigkeit selbst zu honorieren hat. Eine der nächsten politischen Abstimmungen in unserem Kanton — man braucht dabei nicht schon an die nächsten Jahre zu denken — wird vielleicht die sachgemäße Abänderung des Proportionalwahlgesetzes bezwecken; man wird dann sehen, wie stark die wirkliche Wahlgerechtigkeit unserer Regierungspartei am Herzen liegt.

Endlich noch die Frage nach der Einwirkung des luzernischen Kampfes um das Wahlsystem auf die Initiative für die Proportionalwahl des Nationalrates. Die Förderung, die man von ihm erwartet, ist nach unserer Ansicht eine Illusion. Auch wenn das luzernische Verfahren nicht seine großen Mängel hätte, und wenn nicht besondere lokale Verhältnisse — sie wurden im Eingang erwähnt — beständen, die bei uns den Uebergang zur Verhältniswahl begünstigten, müßte der Einfluß ein minimer sein. Man hat in Luzern und in der ganzen Zentralschweiz nicht das Gefühl, daß die konservative Partei im Bunde zu wenig auf ihre Rechnung komme. Man weiß auch, daß die Proportionalwahl des Nationalrates nur im Zusammenhange mit tiefgreifenden konstitutionellen Veränderungen diskutiert werden kann. Die Entstehungsgeschichte der neuen Eidgenossenschaft ist aber hierzulande in viel zu guter Erinnerung, als daß man leichter Hand an ihren Grundlagen rütteln ließe.

Das zur Geschichte der Verhältniswahl im Kanton Luzern. Wenn unsere Ausführungen unverhältnismäßig lange geworden sind, so erheben sie dennoch nicht den Anspruch, erschöpfend zu sein.

Wahrheiten.

Der Korrespondenzartikel zur luzernischen kantonalen Finanzpolitik hat das Regierungsorgan außer sich gebracht. Wir bedauern, bisher beobachtete Rücksichten nun ebenfalls preisgeben zu müssen und antworten:

1. Es ist richtig, daß die Staatskasse nicht das Geld für die Lucerna gab. Aber wenn von diesem Geld etwas verloren geht, so hat der Kanton den vollen Schaden davon. Das ist es, worauf es dem Volke ankommen wird.

2. Es ist richtig, daß die Behörden der Kantonalbank über die Engagements mit der Lucerna entschieden haben. Aber diese Behörden wohnen nicht auf dem Mond, sondern sie stehen in ziemlich enger Fühlung mit dem Regierungsrat. Und von bestorientierter Seite wird versichert, daß die Behörden der Kantonalbank niemals so weit gegangen wären, wenn nicht Hr. Schobinger, damals noch Regierungsrat und Präsident der Lucerna, persönlich sich hiefür verwendet hätte. Hr. Schobinger hat dann auch mit den andern Mitgliedern des Verwaltungsrats, ausgenommen Hr. Finanzdirektor Schmid, für die Forderungen der Kantonalbank Bürgschaft geleistet. Er wurde aus der Bürgschaft entlassen, als die Hypotheken errichtet waren, deren Sicherheit allerdings eine sehr diskutierbare ist.

Da das „Vlb.“ mit „grober Fälschung“, „bewußter Unwahrheit“ usw. um sich wirft, mußten wir dies feststellen. Es möge nun nachweisen, daß wir im Irrtum sind. Unser Material ist aber nicht erschöpft und wir werden uns nicht scheuen, gleichviel wen es betrifft, nötigenfalls davon Gebrauch zu machen.

3. Es ist richtig, daß in der kritischen Zeit Hr. Schmid, der als Minderheitsvertreter in die Regierung gewählt wurde, Präsident der Bankkommission war und daß auch der zweite liberale Vertreter, Hr. Steinmann, nach seinem Eintritt in die Regierung Mitglied der Bankkommission blieb. Aber die Kantonalbank ist nicht die Bank der HH. Steinmann und Schmid, sondern des Staates, und dieser, beziehungsweise die Regierung, hat es in allererster Linie — stets mit Opfern erkauft werden muß, liegt die Aufgabe vor allem darin, diese Bestrebungen in ein Verhältnis zu den finanziellen Kräften und Mitteln zu bringen, dem die Einsicht der Mehrheit der Bürgerschaft zu folgen vermag. Der Luzerner hat schon oft gezeigt, daß er für die Aufgaben eines fortschrittlichen Gemeindewesens Verständnis besitzt. Es liegt in der Zeit, und auch der Gegner sorgt dafür — wir erinnern nur an die blamable Denkmalkomödie —, daß der liberale Gedanke auf ein ihm günstiges Erbreich fällt; eine gute Verwaltung und eine tüchtige Parteileitung, die sich nicht bloß auf die Agitation bei Wahlen und Abstimmungen beschränken darf, sondern ständig für gesunde Verhältnisse in der Partei zu sorgen hat, werden dafür garantieren, daß die liberale Hochburg in der Zentralschweiz erhalten bleibt.

Zweifellos werden die nächsten Erneuerungswahlen vom Jahre 1911 sich im Zeichen eines heftigen Kampfes vollziehen, vielleicht des heftigsten, den man seit langer Zeit erlebte. Es gilt, rechtzeitig sich darauf zu rüsten. Eine wichtige Aufgabe fällt dabei, neben den Parteiorganisationen, der Presse zu. Die Bedingungen für ihre gedeihliche Wirksamkeit sind vorhanden. In den Anstrengungen für die Verbreitung der Parteipresse könnten die Liberalen an ihren Gegnern ein Beispiel nehmen. In vielen Landgemeinden sorgen die Konservativen (Vereine oder Private) dafür, daß ihre Blätter, auch das „Vaterland“, zu jedem Preise, selbst unentgeltlich zu den „Abonnenten“ gelangen. Man braucht diesen Mißbrauch nicht nachzumachen; aber man soll doch nicht vergessen, daß die politische Presse das wirksamste Mittel zur Verbreitung der politischen Ideen ist und daß sie in keinem Falle durch farblose Blätter ersetzt werden kann.

Für die liberale Landschaft bietet die Verhältniswahl nicht nur keine Gefahren, sondern sie wird dem liberalen Leben einen neuen Aufschwung geben. Während früher in weitaus den meisten Kreisen die Anstrengungen unserer Parteigenossen von vornherein aussichtslos waren, wird künftig kein einziger Kreis ohne eine liberale Vertretung sein. Das ist wichtiger als die Zahl der Mandate, die bei unserm Verfahren hinter dem zurück bleiben wird, was den Minderheiten proportional zukommen müßte. Die Liberalen der Landschaft, die den Druck des Ultramontanismus und Klerikalismus ungleich stärker zu fühlen haben, als die Liberalen der Stadt, haben es reichlich verdient, daß sie im Großen Rate zu einer bessern Vertretung kommen und es fehlt ihnen auch nicht an dem tüchtigen Holz dazu.

Ein Vorteil besteht endlich darin, daß künftig jede Partei ihre volle Selbständigkeit zurückgewinnt. Ein Zusammengehen der Sozialisten mit den Ultramontanen in sachlichen Fragen wird ausgeschlossen sein. Die Liberalen werden keine Kartelle mehr abschließen, und sie können unbeirrt von rechts und links den Weg einschlagen, den eine fortschrittliche, das Volkswohl anstrebende Politik sie zu gehen anweist. So kann man sagen, daß die Abstimmung vom 4. April dem Unterlegenen einen Wechsel auf die Zukunft ausstellt, den er durch seine Arbeit und seine Tüchtigkeit selbst zu honorieren hat. Eine der nächsten politischen Abstimmungen in unserem Kanton — man braucht dabei nicht schon an die nächsten Jahre zu denken — wird vielleicht die sachgemäße Abänderung des Proportionalwahlgesetzes bezwecken; man wird dann sehen, wie stark die wirkliche Wahlgerechtigkeit unserer Regierungspartei am Herzen liegt.

Endlich noch die Frage nach der Einwirkung des luzernischen Kampfes um das Wahlsystem auf die Initiative für die Proportionalwahl des Nationalrates. Die Förderung, die man von ihm erwartet, ist nach unserer Ansicht eine Illusion. Auch wenn das luzernische Verfahren nicht seine großen Mängel hätte, und wenn nicht besondere lokale Verhältnisse — sie wurden im Eingang erwähnt — beständen, die bei uns den Uebergang zur Verhältniswahl begünstigten, müßte der Einfluß ein minimer sein. Man hat in Luzern und in der ganzen Zentralschweiz nicht das Gefühl, daß die konservative Partei im Bunde zu wenig auf ihre Rechnung komme. Man weiß auch, daß die Proportionalwahl des Nationalrates nur im Zusammenhange mit tiefgreifenden konstitutionellen Veränderungen diskutiert werden kann. Die Entstehungsgeschichte der neuen Eidgenossenschaft ist aber hierzulande in viel zu guter Erinnerung, als daß man leichter Hand an ihren Grundlagen rütteln ließe.

Das zur Geschichte der Verhältniswahl im Kanton Luzern. Wenn unsere Ausführungen unverhältnismäßig lange geworden sind, so erheben sie dennoch nicht den Anspruch, erschöpfend zu sein.

Wahrheiten.

Der Korrespondenzartikel zur luzernischen kantonalen Finanzpolitik hat das Regierungsorgan außer sich gebracht. Wir bedauern, bisher beobachtete Rücksichten nun ebenfalls preisgeben zu müssen und antworten:

1. Es ist richtig, daß die Staatskasse nicht das Geld für die Lucerna gab. Aber wenn von diesem Geld etwas verloren geht, so hat der Kanton den vollen Schaden davon. Das ist es, worauf es dem Volke ankommen wird.

2. Es ist richtig, daß die Behörden der Kantonalbank über die Engagements mit der Lucerna entschieden haben. Aber diese Behörden wohnen nicht auf dem Mond, sondern sie stehen in ziemlich enger Fühlung mit dem Regierungsrat. Und von bestorientierter Seite wird versichert, daß die Behörden der Kantonalbank niemals so weit gegangen wären, wenn nicht Hr. Schobinger, damals noch Regierungsrat und Präsident der Lucerna, persönlich sich hiefür verwendet hätte. Hr. Schobinger hat dann auch mit den andern Mitgliedern des Verwaltungsrats, ausgenommen Hr. Finanzdirektor Schmid, für die Forderungen der Kantonalbank Bürgschaft geleistet. Er wurde aus der Bürgschaft entlassen, als die Hypotheken errichtet waren, deren Sicherheit allerdings eine sehr diskutierbare ist.

Da das „Vlb.“ mit „grober Fälschung“, „bewußter Unwahrheit“ usw. um sich wirft, mußten wir dies feststellen. Es möge nun nachweisen, daß wir im Irrtum sind. Unser Material ist aber nicht erschöpft und wir werden uns nicht scheuen, gleichviel wen es betrifft, nötigenfalls davon Gebrauch zu machen.

3. Es ist richtig, daß in der kritischen Zeit Hr. Schmid, der als Minderheitsvertreter in die Regierung gewählt wurde, Präsident der Bankkommission war und daß auch der zweite liberale Vertreter, Hr. Steinmann, nach seinem Eintritt in die Regierung Mitglied der Bankkommission blieb. Aber die Kantonalbank ist nicht die Bank der HH. Steinmann und Schmid, sondern des Staates, und dieser, beziehungsweise die Regie-

Feuilleton.

-r. In Hohenrain.

(Mußte zurückgelegt werden.)

Ein wunderschöner Maientag war es, als am letzten Mittwoch die schweizer. Armeerzieher ihre „Bluesfahrt“ durch blumige Auen, vorbei an prächtig blühenden Bäumen, nach Ballwil und von dort per Fuhrwerk nach der alten Johanniter Komturei Hohenrain ausführten.

Auf Hohenrain wurden die Schul-, Schlaf-, Wasch- und Krankenräume der Anstalt bis zum Dachstock hinauf einer eingehenden Inspektion unterzogen. Die Schulbesuche, die während des Unterrichts stattfanden, zeigten, mit welch großer Aufopferung und mit welchem pädagogischen Geschick gearbeitet werden muß, um bei schwachsinnigen und taubstummen Kindern ersprießliche Resultate zu erzielen. Nach den Grundsätzen der Lautphysiologie werden die Kinder durch Zeichen am Mund und Kehlkopf und geschickte Mundstellung der Lehrerin dahin geführt, daß sie die einzelnen Konsonanten und Vokale verständlich aussprechen, sie zu Silben verbinden und Sätze bilden lernen, in denen die obern Klassen auch im Rechnen und der Schweizergeschichte ganz Erstaunliches geleistet haben, so daß man zur Ueberzeugung kommen mußte, die in Hohenrain angewandte Methode müsse bei dem geschickten Talent, das die Lehrerschaft an den Tag legt, gute Erfolge erzielen.

Beim Mittagessen, zu welchem die Besucher von der Anstalt eingeladen waren, entbot Hr. Direktor Estermann einen herzlichen Willkommensgruß und gab einen historischen Ueberblick über die Entstehung der Anstalt. Die ältesten Nachrichten über Hohenrain datieren urkundlich aus den Jahren 1181 und 1240. Im Jahre 1806 wurde die Komturei der Johanniter-Ritter, deren letzter Komtur 1819 starb, aufgehoben. Der Oberamtmann des dortigen Gerichtskreises richtete sein Büreau in den alten Ritterräumen ein, und ein armer Kaplan gründete die erste Taubstummenanstalt, die später unter staatlicher Unterstützung nach Werthenstein und nachher wieder nach Hohenrain verlegt wurde. Die Anstalt zählt jetzt 78 Schüler mit acht Lehrkräften. Im neuen Gebäude, das mit einem Kostenaufwand von 400,000 Fr. erstellt und im November 1906 eröffnet wurde, finden zur Zeit 112 schwachsinnige Kinder mit sieben Lehrkräften Unterkunft. Der Unterricht für die Schwachsinnigen nähert sich mehr dem Volksschulunterricht, kann aber infolge des intellektuellen Rückstandes nur langsame Fortschritte machen.

Die Besucher überzeugten sich, daß in Hohenrain mit Liebe und Hingebung zum Wohle der Zöglinge gearbeitet wird. Das wurde denn auch von verschiedenen Seiten anerkannt. Es sprachen u. a. Waisenvater Beck, Direktor Meyer, M. Schürmann und Oberst Meyer-Diskett, NRat Düring. Letzterer sprach die Hoffnung aus, daß die Armenerzieher ein gutes Andenken an Luzern mit nach Hause nehmen mögen. Das wird auch geschehen; denn sie haben anläßlich der Tagung sich überzeugt, daß im Kanton Luzern für die armen und unglücklichen Kinder nach Kräften gesorgt wird.

Kleines Feuilleton.

* **Das deutsche Lied.** Bei dem deutschen Sängerwettstreit, der am Auffahrtstage in Frankfurt a. M. in Anwesenheit des Kaisers stattfand, wurde von einem konkurrierenden Dortmunder Verein der vor einigen Jahren mit dem Kaiserpreis ausgezeichnete Chor des Luzerner städtischen Musikdirektors Peter Faßbänder „Das deutsche Lied“ mit großem Erfolge gesungen.

Gewerbsmäßige Spieler auf Ozeandampfern.

Aus New-York wird gemeldet: Seit einigen Wochen bringt fast jeder Schnelldampfer der amerikanisch-europäischen Linien die Kunde, daß ein oder mehrere Reisende von gewerbsmäßigen Spielern um größere Beträge gerupft wurden. Nicht selten wird die New-Yorker Polizei auf drahtlos-telegraphischem Wege, wie bei der letzten Ankunft des Dampfers „Kaiser Wilhelm II.“, ersucht, gewerbsmäßige Spieler, die ihr Unwesen an Bord getrieben, zu empfangen. Die strafrechtliche Verfolgung solcher Spieler gelingt aber nie; die Gerupften scheuen sich auch meist, gegen die Spieler aufzutreten. Der Norddeutsche Lloyd beabsichtigt deshalb, in den Rauchsalons seiner Schnelldampfer die Photographien von Berufsspielern, soweit sie bekannt sind, auszuhängen. Die Photographien werden auch die verschiedenen Namen, unter denen die Spieler bekannt sind, vermerken. Der Reisende kann sich dann durch einen Blick auf die Photographie davon überzeugen, ob er sich etwa mit einem „Professionellen“ in ein Spiel einläßt. Die gewerbsmäßigen Spieler reisen auf den Schnelldampfern hin und her und führen nur Handgepäck mit. Sie sind gewöhnlich die ersten, die das Schiff nach der Ankunft verlassen.

* **Bilder-Atlas der Schweiz.** Der zweite Faszikel dieser hübschen Sammlung von Landschafts-, Städte und Typenbildern aus allen Kantonen mit erklärendem Text, zusammengestellt durch die Mitarbeiter am „Geographischen Lexikon der Schweiz“ ist außerordentlich reich an vorzüglichen Landschafts- und Städtebildern. Das ganze Werk erscheint in zehn Faszikeln zum Subskriptionspreis von je Fr. 2.25. Zu beziehen in Neuenburg, Bibliothek des „Geographischen Lexikons der Schweiz“. Das Faszikel 2 ist ausschließlich dem Kanton Bern gewidmet. Wir lernen die sämtlichen Aemter des Kantons in einer reichen Aufeinanderfolge von fesselnden und sorgfältig ausgeführten Bildern kennen. Der hohe Bildungswert des Werkes und namentlich seine Eignung für die Verwendung im Unterricht sind unbestreitbar. Schulen sollten sich eine zu so günstigen Bedingungen auf den Markt geworfene Verbesserung zu eigen machen.